



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Menenius: Rumänien

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Rumänien



umänien steht heute mächtiger da als je, es ist ihm trotz der Nachbarschaft Rußlands und Ungarns und trotzdem das Land schwer unter dem Krieg und der Besetzung zu leiden gehabt hat, gelungen, die besonders im Frühjahr lebhaft ausbrechenden bolschewistischen Unruhen zu unterdrücken, es sieht fast alle seine nationalen Ambitionen befriedigt und hat als einziger Nachbarstaat und gegen den Willen der Entente den großen Enderfolg über die ungarische Bolschewistenmacht errungen. Militärisch mag dieser keineswegs den des zweiten Balkankrieges überragen (obgleich nach Bratianus Behauptung die Opfer nicht unbeträchtlich gewesen sind), moralisch und politisch ist er um so bedeutender gewesen. Moralisch weil er gegenüber der unentschlossenen Ratlosigkeit der Pariser Konferenz das Ergebnis tatkräftigen Handelns war, politisch weil er Rumänien als die einzige schlagfertige und energische Macht Osteuropas erscheinen ließ, es als eine Art neuer Großmacht stabilisierte. Rumänien ist jetzt nach dem Ausscheiden Österreich-Ungarns und Rußlands der einzige wirklich ausschlaggebende Faktor des Ostens und die einzige, die es wagt, der Entente fast offen Trotz zu bieten. Anlaß dazu ist genug vorhanden. Die ersten Bestimmungen entstanden wegen des österreichischen Friedensvertrages. Dieser bestimmt in Artikel 60: „Rumänien erklärt sich damit einverstanden, daß in einen Vertrag mit den alliierten und assoziierten Hauptmächten Bestimmungen aufgenommen werden, welche diese Mächte für notwendig halten werden, um die Interessen derjenigen Bevölkerung Rumäniens zu schützen, die sich von der Mehrheit durch Abstammung, Sprache oder Religion unterscheidet. Rumänien erklärt sich gleichfalls damit einverstanden, daß in einen Vertrag mit den alliierten und assoziierten Hauptmächten Bestimmungen aufgenommen werden, welche diese Mächte für notwendig halten, um die Freiheit des Transitverkehrs und ein ausgleichendes Regime (*régime équitable*) für den Handel anderer Nationen zu gewährleisten.“ Der Zweck dieser Bestimmungen lag auf der Hand: sie sollten „durch Schutz der Minderheiten wie Bulgaren, Ungarn, Deutsche, aber auch der Juden, von denen letztere ebenso wie ihre polnischen Stammesgenossen mächtige Fürsprecher in amerikanischen Finanzkreisen zu besitzen scheinen, den Ausbruch neuer Kämpfe verhindern und einen freien Donauverkehr sicherstellen. Andererseits war ebenso unverkennbar, daß derartig vage Bestimmungen eine dauernde Einmischung der Großmächte in rumänische Hoheitsrechte, sowie weitgehende Einmischung in rumänische Wirtschaftspolitik ermöglicht hätten. Wie diese letztere beschaffen sein würde, davon hatte man bereits bei den Verhandlungen über die Wiederinstandsetzung der Quellen eine Probe erhalten: die Alliierten erklärten sich zwar bereit, bei der Wiederherstellung der seinerzeit im gemeinsamen militärischen Interesse zerstörten Werke technische und finanzielle Hilfe zu leisten, wollten dies aber, da Rumäniens Finanzquellen natürlich erschöpft sind, nur gegen Einräumung bestimmter und sehr weitgehender Handels- und Ausbeutungsrechte tun. Die Folge war, daß Bratianu sich ebenso wie die Vertreter der Südslawen, denen ähnliche Bestimmungen auferlegt werden sollten, weigerte, den Vertrag zu unterschreiben und demissionierte, ohne indessen die tatsächliche außenpolitische Leitung aus der Hand zu geben. Den zweiten Anlaß boten die Meinungsverschiedenheiten über das Banat, das durch einen 1916 mit England, Frankreich, Italien und Rußland geschlossenen Vertrag Rumänien zugesprochen war, aber auch von den Serben, die völkische Gründe geltend machen — ein Teil des Banats ist stark von Serben bewohnt — beansprucht wurde, die von dem Vertrag keine Kenntnis bekommen hatten. Jetzt hat man in Paris beschlossen, das Banat zwischen Rumänien und Serbien aufzuteilen, womit die Rumänen aus militärischen Gründen nicht zufrieden sind. Den schwersten Stein des Anstoßes bildet jedoch Rumäniens Ungarnpolitik. Man kann der Politik der Pariser Konferenz eine gewisse Weitsichtigkeit nicht absprechen, wenn sie den Rumänen verbot in Budapest einzurücken, nur hätte sie auch die Mittel haben müssen, diese

Politik nachdrücklich durchzusetzen. Nachdem aber durch den militärischen Sieg der Ungarn über die Tschechen der Stein aufs neue ins Rollen gekommen war, konnte es angesichts der Unentschiedenheit und deutlich gewordenen militärischen Nachlosigkeit der Konferenz nicht ausbleiben, daß die Rumänen, denen daran lag, möglichst bald mit vollen, auch Siebenbürgen umfassenden Kräften mit dem Wiederaufbau ihres schwer geprüften Landes zu beginnen, eigenmächtig vorgingen. Dazu gehörte, daß sie nicht nur durch die Einnahme von Budapest der gefährlichen Herrschaft der Kommunisten ein Ende bereiteten, sondern auch tatkräftig dafür sorgten, daß möglichst bald ein stabiles Regiment in Ungarn errichtet wurde. Daß dabei die radikalen Elemente ausgeschaltet wurden, konnte nur im Sinne der Entente sein, als es sich jedoch zeigte, daß dazu ein Sabssburger, der Erzherzog Joseph, die Hand bieten sollte, schrak man wieder zurück, um nicht durch dies Beispiel einer monarchischen oder verkappten monarchischen Restauration Anreiz zu anderen zu bieten. Der Erzherzog Joseph mußte demnach zurücktreten und die Dinge blieben während man an energische Ausrottung der Kommunisten ging, unter der Scheinregierung des von nahezu allen Parteien des Landes angefeindeten Ministerpräsidenten Friedrich in der Schwebe. Es zeigt sich hier die ganze Schwäche der Konferenzpolitik, die Dinge lenken will, über die sie keine Macht mehr hat. Anstatt Bela Kun, dessen Herrschaft immer noch besser war als gar keine und der sich für seine Anerkennung sicher zu innerpolitischen Konzessionen bereit gefunden hätte, zu stützen, und dadurch zur Beruhigung des Ostens beizutragen, hat sie aus prinzipiellen Gründen und aus Furcht vor einem Übergreifen nach Österreich, das durch Gewährung tatkräftiger Unterstützung leicht zu schützen war, das Land in neue Verwirrung gestürzt, ohne doch instande zu sein, etwas neues, festes an Stelle des alten zu setzen. (Daß die Auslandpropaganda Bela Kuns ein Fehler war, ist bereits Grenzboten Heft 36 an dieser Stelle dargelegt worden.) Die Folgen zeigten sich bald. Eine ungarische Kabinettskrise folgte der andern, die Zahl der Prätendenten wuchs immer mehr, Wahlen waren unmöglich, ehe das Land nicht beruhigt war, aber die einzigen, die Ruhe im Lande sichern konnten, waren die Rumänen, die ihrerseits die Wahlen zu beeinflussen sich anschickten. War es schon gefährlich, mit Machtmitteln zu operieren, die man nicht unbedingt in der Hand hatte, so war es noch gefährlicher für die Konferenz, dies ohne politische Ideen zu tun. Verhängnisvoll aber mußte es in dem Augenblick werden, in dem eben die Rumänen selber eine Idee beizubringen begannen. Diese Idee ist die Personalunion zwischen Ungarn und Rumänien, wodurch bei geschickter Politik eine sehr bedeutende, sowohl nach dem Balkan und nach dem Schwarzen Meer, wie nach Westen hin ausschlaggebende Großmacht an der Donaumündung entstehen würde. Für einen solchen Zusammenschluß sind außer den Italienern, die sich einen mächtigen Bundesgenossen gegen die Südslawen gewinnen möchten, namentlich die ungarischen transylvanischen Großgrundbesitzer, die dadurch nicht nur ihren Besitz, sondern auch ihren politischen Einfluß gesichert wünschen, aber auch eine Anzahl ungarischer Politiker, die am Beispiel Österreichs sehen, zu welcher Ohnmacht ein rings von Feinden umschlossener, von Kriegsschulden unterdrückter Einzelstaat verurteilt ist. Auf rumänischer Seite bestehen Bedenken wegen der kulturellen Überlegenheit der Ungarn und deren oft bewiesener Unfähigkeit, die eigene Herrschsucht politischen Gegebenheiten anzupassen, aber natürlich kann man sich auch in Rumänien der großen Vorteile, die ein Zusammengehen zwischen Ungarn und Rumänien bieten würde, nicht verschließen.

Der Entente scheint diese Idee nicht sehr sympathisch zu sein. Eine Großmacht an der Donaumündung, die am Ende auch Österreich und die Tschechoslowakei, wo man sich unlängst für freundliche Beziehungen zu Ungarn erklärt hat, in den mindestens wirtschaftlichen Vannkreis ziehen könnte, mag einzelnen mächtigen und namentlich auch amerikanischen Finanzkreisen (Oil Standard Company!) recht unangelegen kommen, zumal auch die Konstantinopelfrage dadurch kompliziert werden könnte. Auch fürchtet man sichtlich, daß die dann wieder zur

Macht gelangenden Ungarn aufs neue Beziehungen zu Deutschland herstellen und auf diese Weise Deutschlands Brücke zum Orient bauen helfen könnten. Ginzukommt, daß die im Lande allmächtigen rumänischen Militärbehörden aller politischen Ziele ungeachtet sich an das nächstliegende halten und an Beute nehmen, was sie nur kriegen können. In „wahrhaft großzügiger“ und mithin strupellosester Weise wird alles, was den Rumänen irgendwie brauchbar erscheint: Eisenbahnmateriale, Rohstoffe, Maschinen, Lebensmittel requiriert, wobei das Beispiel des Staates dem rumänischen Militär derartig in Fleisch und Blut übergeht, daß sie es osteuropäischen Gepflogenheiten getreu auch zu Privatzwecken nachahmen. Man braucht nicht alle diesbezüglich umlaufenden Schauernmären im einzelnen zu glauben oder zu verallgemeinern, wenn aber sogar der rumänenfreundliche Berichterstatter des „Matin“ erzählt: „Gewisse Requisitionen sind geschmacklos und unvernünftig. Wenn es auch keineswegs zutrifft, daß die Rumänen die Budapest Tramway beschlagnahmt haben, wie erzählt wurde, so haben sie sich doch in Privatwohnungen oder auf der Straße (!) gewisser Gegenstände bemächtigt, deren Mangel das Leben des Landes stilllegt, ohne ihnen selbst unentbehrlich zu sein. Ebenso erscheinen mir, nach allem, was ich erzählen höre, die bei den Bauern vollzogenen Requisitionen allzu radikal.“ so kann man sich ein Bild davon machen, wie die rumänische Soldateska im Lande haust. Man muß dabei bedenken, daß auch die österreichisch-ungarische Kriegsführung Rumänien schwere Wunden geschlagen hat und daß ganz abgesehen von begreiflichen Rachegefühlen jeder rumänische Offizier glauben kann, nur seine vaterländische Pflicht zu tun, wenn er den feindlichen Staat durch Requisitionen aller Art möglichst schwächt. Offiziell behaupten die Rumänen gegenüber den zahlreichen Protestnoten der Pariser Konferenz, daß sie nur das seinerzeit durch die Ungarn in Rumänien requirierte Material zurückführen. Die Entente, die, Ungarn natürlich im Interesse des Friedenszustandes und um neue Bolschewistenunruhen zu vermeiden, wenigstens die notwendigsten Mittel zum Wiederaufbau lassen möchte, wendet ein, daß die angrenzenden Staaten ihre Ersatzansprüche gemeinsam anmelden müßten, um späterhin, nach umfassender Bestandsaufnahme im Verhältnis der entstandenen Verluste befriedigt zu werden, die Rumänen aber erwidern, daß es sich jetzt gar nicht mehr um die Liquidierung des Weltkrieges, sondern ihres eigenen, besonderen Krieges gegen die Bolschewisten handelt. Das ganze Hin und Her des Notenwechsels ist überaus bezeichnend für die Veränderung, die inzwischen in den Machtverhältnissen eingetreten ist. Die Rumänen leugnen entweder den Empfang der Protestnoten oder ziehen die Antwort hin oder versichern, entsprechende Befehle erteilt zu haben, die natürlich nicht befolgt werden. Endlich, nach drei Monaten, nachdem wahrscheinlich nichts mehr zu holen ist, ist es der Entente durch Bedrohung Konstanzas gelungen, die Rumänen zum Abzug aus Bukarest zu bewegen. Ob sie dabei beträchtlich hinter die alte, von der Entente festgesetzte Demarkationslinie oder wie sie sollen, nur hinter die Theiß zurückgehen, ist zweifelhaft, jedenfalls darf man gespannt darauf sein, wie sich in den nächsten Wochen die Dinge in Budapest entwickeln werden. Entweder es entstehen hier neue Unruhen, die erneutes Eingreifen der Rumänen notwendig machen werden, oder die Monarchisten setzen ihre Pläne durch — neuerdings spricht man von der Prästendentschaft des Erzherzogs Otto, des siebenjährigen Sohnes Kaiser Karls, was einer diplomatischen Niederlage mindestens Frankreichs, das sich gegen eine habsburgische Restauration festgelegt hat, gleichkäme. Daß eine solche schon aus dynastischen, aber auch aus wirtschaftlichen Gründen ein lebhaftes Interesse daran hätte, ein Einvernehmen zu Rumänien, dem vorläufig einzigen noch monarchisch regierten Lande Osteuropas herzustellen, liegt auf der Hand; in welcher Form das geschehen würde, hängt ganz von der Art der Regentschaft ab, es ist aber anzunehmen, daß es im oben bezeichneten Sinne der in der Mehrzahl monarchistisch gesinnten Großgrundbesitzer der Fall sein wird.

Die Frage ist allerdings, ob Rumänien imstande sein wird, seine Opposition gegen den österreichischen Friedensvertrag auf die Dauer aufrecht zu erhalten.

Schon hat die Friedenskonferenz gedroht, Rumänien nicht eher zur bevorstehenden Unterzeichnung des bulgarischen Vertrags zuzulassen, als bis es sich, gleich der Tschecho-Slowakei (die weniger stark interessiert ist), auch dem österreichischen gefügt hat. Da aber Bulgarien gegenwärtig nicht imstande ist, Krieg gegen Rumänien zu führen und dazu auch weder bei den Ententemächten noch bei den Serben Unterstützung finden würde, so kann das Rumänien angesichts der immer deutlicher hervortretenden Auflösungserscheinungen der Konferenz bis auf weiteres gleichgültig sein, ganz ebenso wie die Drohung, nicht in den vorläufig noch durchaus schattenhaften Völkerbund aufgenommen zu werden. Das einzig Unangenehme wäre die Blockade, die aber infolge der sehr guten Ernte lange ertragen werden könnte und der Entente wirtschaftlich mindestens im gleichen Maße schaden wie politisch nützen könnte. Es ist also anzunehmen, daß man sich, ähnlich wie das jetzt den Südslawen gegenüber geschieht, auf eine mittlere Formel einigt, so daß etwa die Minderheitsbestimmungen nur für die neu zu Rumänien hinzukommenden Gebietsteile Anwendung finden und die wirtschaftlichen Formeln in einem beide Teile befriedigenden Sinne präzisiert werden, was freilich erst möglich ist, wenn das Schicksal Ungarns feststeht.

Noch ein Wort über Bessarabien. Die Wiedervereinigung mit dieser zuerst 1812 an Rußland gelangten, 1856 wieder mit der Moldau-Wallachei vereinigten, 1878 jedoch abermals an Rußland abgetretenen Provinz ist ein alter nationalistischer Programmpunkt Rumäniens, deren Verwirklichung ihm ja auch von Österreich-Ungarn während des Krieges angeboten worden ist. Auch nachdem man sich für den Krieg gegen Österreich-Ungarn entschieden hatte, ließ man ihn keineswegs fallen und so wurde die auf die Aufforderung der ukrainischen Rada, einen bessarabischen Vertreter in den Rat der ukrainischen Kommissare zu entsenden am 2. Dezember 1917 erfolgte Proklamierung einer unabhängigen Moldau-Republik von der „Independance Roumaine“ sogleich als Zeichen „der Lebensfähigkeit unserer Rasse“ begrüßt. Tatsächlich aber bestanden im Lande, besonders in Kischinew, da Bessarabiens natürlicher Hafen Odeffa ist, bei den Bulgaren und den 18 Prozent der Bevölkerung ausmachenden Juden, aber auch in den vorzugsweise von Ukrainern bewohnten nördlichen Bezirken von Chocin und Akkerman aus völkischen Gründen starke Widerstände gegen eine Vereinigung mit Rumänien, ursprünglich wollte man bei einem föderalistisch-republikanischen Rußland bleiben, erst die Konstituierung der Ukraine ließ eine Isolierung befürchten. Und so wurden, wohl unter Mitwirkung der rumänischen Besatzung, die am 27. März 1918 noch bezüglich weitgehender Autonomie gemachten Vorbehalte am 28. November fallen gelassen und die endgültige Vereinigung beider Länder ausgesprochen, die auch, wenn schon nicht von Amerika, doch von Frankreich, Italien und England gebilligt worden ist. Die Differenz wegen der erwähnten Kreise mit der Ukraine ist dabei kaum ernst zu nehmen, einmal weil die Ukraine selbst bis jetzt ein überaus fragwürdiges Gebilde ist, dann aber auch weil die Rumänen, in allem was eine Schwächung der Ukrainer bedeutet, der Beihilfe der Polen, die nach dem Willen der Entente Nachbarn Rumäniens werden sollen, sicher sind. Die Frage ist nur die, wie sich ein wiederhergestelltes Rußland zu der Lösung Bessarabiens stellen wird.

Menenius

